

Vorschau aus dem Hauptblatte.

stimmt notgedrungen den Leipziger wie Berliner Beschlüssen der Gehilfenvertreter zu in der Voraussetzung, daß diese minimale Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Gehilfen auch den Provinzialkollegen zu gute kommt, und erwartet somit von den Herren Prinzipalen hierorts, daß sie auch die verkürzte Arbeitszeit mit 1. Juli einführen. — In der hierauf folgenden Diskussion, an der sich Prinzipal Klemm, Kollege Knie u. a. beteiligten, wandte sich Kollege Siegl in trefflichen Ausführungen gegen die in Berlin beschlossene Tarifgemeinschaft, betonend, daß die Interessengengänge zwischen Prinzipalen und Gehilfen eine Harmonie zwischen beiden Interessengruppen, ein Zusammengehen beider zur Erreichung einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der Gehilfen vollständig ausschließen; ferner betonte Redner den Kampfpunkt unserer Organisation und tabelte die schon von vornherein eingetretene Verschiebung der akut gewordenen Tariffrage; er könne sich mit der gestellten Resolution nur dann einverstanden erklären, wenn aus derselben die Worte „wie Berliner“ entfernt würden und direkt beschlossen werde, daß die Pforzheimer Gehilfen die Tarifgemeinschaft verwerfen. — Die nach kurzer Replik des Kollegen Knie vorgenommene Abstimmung ergab, daß die eingangs erwähnte, aus der Versammlung gestellte Resolution mit 20 gegen 7 Stimmen angenommen wurde. Somit hätte die Pforzheimer Gehilfen ihr Einverständnis mit den beschlossenen Tarifabmachungen bekundet, was jedoch die unterlegene Opposition sich nicht so sehr zu Herzen zu nehmen braucht, wenn sie das in der Resolution enthaltene Wort „notgedrungen“ sich etwas näher betrachtet — das sagt genug! — An diese allgemeine Versammlung schloß sich eine Mitgliederversammlung, in welcher die Kollegen nach Erledigung einer örtlichen Streitfrage Stellung nahmen zu dem in der Organisation ausgebrochenen Konflikt Döblin gegen Gsch. Während der Debatte ging folgende Resolution ein: „Die Versammlung beauftragt die zwischen Verbandsvorsteher und Gehilfenvertretern einer- und der Redaktion des Corr. andererseits eingetretene Meinungsverschiedenheit und erwartet, daß auf Grund der Beschlüsse der Gehilfenvertreter eine Einigung erzielt wird.“ Kollege Eberle brachte eine Lanze für Döblin, ohne die Gehilfenvertreter zu erwähnen, Kollege Siegl gab in chronologischer Reihenfolge ein Bild der Tarifverhandlungen in Berücksichtigung des Standpunktes Gschs und Döblins und kam zu dem Resultate, daß Gsch korrekt gehandelt, indem er, bevor es zu spät war, den auf die Gehilfen ihrer Führer fest vertrauten Kollegen die Augen geöffnet habe über die sich „hinter den Coulissen“ abspielenden Vorgänge. Siegl stellt folgende Resolution: „Die Versammlung ist mit der Haltung des Corr.-Redakteurs, soweit er sachlich geblieben ist, einverstanden, und erwartet von der demnächst stattfindenden Generalversammlung des Verbandes, daß dieselbe den Konflikt Gsch-Döblin in einer für die Gehilfen schiedlichen Weise zum Austrage bringt.“ — In der nach längerer Diskussion vorgenommenen Abstimmung wurde die erste Resolution mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt, dagegen die Resolution Siegl mit allen gegen vier Stimmen angenommen. Bemerkenswert jedoch, daß sich wegen der vorgerückten Stunde (es war 1½ Uhr morgens) viele Kollegen schon entfernt hatten.

Heinland-Westfalen. Von den 34 im Gau aufgestellten Kandidaten für die Delegiertenwahl zur Generalversammlung kommen als Gegner der Tarifgemeinschaft die Kollegen Müller-Barmen, Bodmühl-Düsseldorf, Kunkel-Bielefeld, Döller-Dortmund, Schlessier-Hagen in Stichwahl. Kollegen, schon die Haltung unserer Prinzipale gegenüber der Tarifgemeinschaft bedingt, daß ihr ebenfalls dieselbe ablehnt und deshalb wählt nur vorstehende Gegner der für unsern Gau ganz und gar zwecklosen Sache.

Stuttgart. Am 20. Juni fand hier wieder eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Vertrauensmann gab in seiner Einleitung einige Erläuterungen zum Reichsstatistikbericht des Verbandes der Deutschen Buchdrucker von 1895, freilich ganz kurz die Faltung der Hds. Typ. und des Vorwärts und schließlich noch eine Richtigstellung über die Gauvorsieherkonferenz in Berlin, über welche der Corr. unwarig berichtet habe. (?) Alsdann gab Herr Knie einige kurze Ausführungen über die in Berlin gepflogenen Verhandlungen der Tarifkommission. Beschlossen wurde alsdann, am 28. Juni eine Matinee im Paul Weißhagen Saal abzuhalten. — Beim ersten Punkte der Tagesordnung: Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, wandte sich Kollege Dummeert in längerer Rede gegen jede Tarifgemeinschaft und forderte, zur Generalversammlung nur solche Delegierte zu wählen, welche strikte Gegner derselben seien. Er legte auch eine diesbezügliche Resolution vor, welche bei der später erfolgenden Abstimmung mit 111 gegen 61 Stimmen angenommen wurde. Der nächste Redner, Kollege Ubricht, kam auf den ganzen Verlauf der jetzigen Bewegung zu sprechen,

welche für die Gehilfen keinen Nutzen gebracht habe und wünschte, daß unsere Vertreter auf der Generalversammlung unser bestes wahrnehmen. Er stellt folgende Resolution: „Paragraph 18, Abs. 3 des Statuts, ist zu streichen und dafür zu setzen: In wichtigen Fragen hat der Verbandsvorstand eine Urabstimmung zu veranlassen“, welche gleichfalls angenommen wurde. Mehrerer hat die Ueberzeugung, daß wir durch Annahme des Gebotenen jedenfalls besser fahren als durch Ablehnung. Säuberlich stellte zunächst fest, daß im Berichte des Corr. über unsere letzte Versammlung Unterschlagungen vorgekommen sind. (Die „Unterschlagung“ bestand darin, daß wir gegen 200 Zeilen auf das notwendigste Maß beschränkten, ohne den Sinn der Ausführungen irgendwie zu ändern. Bei dem Andrang des Stoffes ist das Verlangen nach ungetürzter Aufnahme solch langer Berichte (insgesamt etwa 400 Zeilen) geradezu undurchführbar. Red.) Betreffs der Tarifgemeinschaft ist Redner der Ansicht, daß wir ohne dieselbe nichts erreichen werden. Die außerordentliche Generalversammlung müsse dieselbe acceptieren. Eine Urabstimmung würde jedenfalls gegen die Ansicht Gschs entscheiden. Silbenbrand verurteilt die Ausgabe des Flugblattes seitens des Zentralvorstandes, was auch Gsch zu einem solchen veranlaßt habe. Mit der Annahme unseres Vertreters an den Verhandlungen in Berlin könne sich Redner zufrieden geben. Die Generalversammlung habe sich danach zu richten, wieweit der Tarif eingeführt sei; wenn unsere Prinzipale hier die Hand böten, wäre er geneigt, auf eine Tarifgemeinschaft einzugehen, welche aber von der Generalversammlung ganz anders zu gestalten wäre. Aber der Tarif werde nur da eingeführt, wo der Verband eine kräftige Stellung einnehme. Unsere Vertreter zur Generalversammlung sollten den Standpunkt unserer Marburger Kollegen einnehmen. Kowalski führte aus, daß die Generalversammlung darüber zu entscheiden habe, ob Tarifgemeinschaft oder nicht. Der ganze Verlauf der Verhandlungen hätte ergeben, daß wir von einer solchen nichts zu hoffen hätten. Er verurteilte das Verhalten unserer Vertreter sowie besonders das des Zentralvorstandes, welcher diktatorisch vorgehe, wie Redner verschiedentlich nachzuweisen suchte. Am Schlusse seiner Ausführungen ermahnte der Redner, bei den Delegiertenwahlen auch die Provinz zu berücksichtigen. — Bei der Aufstellung der Kandidaten wurden 15 Kollegen in Vorschlag gebracht, von denen 8 nach der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen auf die Liste gesetzt wurden. Schluß nach 1 Uhr.

Büdingen. 29. Juni. In der Druckerei von Richter (Generalanzeiger) ist ein Ausstand ausgebrochen. Zugung ferngehalten. Bericht folgt.

G. Büdingen. 28. Juni. Die diesige Mitgliedschaft beantragte zur bevorstehenden Generalversammlung: 1. Die Generalversammlung möge in Erwägung ziehen: ob das Institut der Gauvorsieher in der bisherigen Weise weiter geführt werden soll. 2. Mit der Einberufung der Gauvorsieher-konferenzen etwas sparsamer vorzugehen, und nicht, wie es letzthin vorgekommen, das Geld der Mitglieder in der Weise zum Fenster hinauszuwerfen, wo die behandelten Gegenstände per Auktions- oder Postkarte hätten erledigt werden können. 3. Die Generalversammlung möge beschließen, daß die bis heute bestehenden Gauzusätze berichtigt zentralisiert werden, daß nach Aufhebung der St. erzeit für Konstitutionslosenunterstützung jedes Mitglied zur erhöhten Unterstützung berechtigt ist und zwar im Betrage von 1,50 Mk.

Rundschau.

Herr Buchdruckerbesitzer Georg W. Büzenstein, Berlin, Friedrichstraße 240/241, übersendet uns ein Schriftstück betreffs des Tarifs, das wir, da die Generalversammlung des Verbandes erst noch zu den Beschlüssen des Tarifauschusses Stellung nehmen wird, in seiner offiziellen Form dem Verbandsvorstand einzuverleihen nicht in der Lage sind, jedoch geben wir an dieser Stelle unsern Lesern davon Kenntnis. Es lautet: An die Buchdruckerbesitzer und Buchdrucker-Gehilfen Deutschlands. Nachdem nunmehr durch die ordnungsgemäßen Vertreter ein neuer Tarif zwischen der Prinzipalität und der Gehilfenchaft vereinbart worden ist, tritt derselbe mit dem 1. Juli d. J. in Kraft. Die Drucklegung ist fertiggestellt und die Versendung beginnt mit dem heutigen Tage. Da diese Versendung jedoch ziemlich schwierig ist und einige Tage in Anspruch nehmen dürfte, bitten wir um Nachsicht, wenn der Tarif nicht bis zum 5. Juli in die Hände der Beteiligten gelangt ist. Wir hoffen, daß die Einführung des Tarifs überall glatt von statten geht. Etwas Nachrichten erbitten an untenstehende Adresse. Berlin, den 28. Juni 1896. Der Tarif-Ausschuß der Deutschen Buchdrucker. Georg W. Büzenstein, derzeitiger Prinzipalvertreter; L. J. Giesecke, derzeitiger Gehilfenvertreter. Berlin SW, Friedrichstraße 240/241.

Wie die gepriesene neue Harmonie mit den Prinzipalen aussehen wird, davon haben die Kollegen Leipzigs am 30. Juni ein Pröbchen zu kosten bekommen. In allen Druckereien wurde jedem einzelnen Kollegen mit dem neuen Tarif ein Revers vorgelegt, den er in wenigen Stunden unterschreiben haben sollte, dahin lautend, daß er den neuen Tarif für seine Person zu Recht anerkenne! Welch kostbare Wohlthat muß der neue Tarif sein, wenn man ihn den Gehilfen auf solche Weise aufdrängt! Wahrscheinlich ist der Coup nicht allein in Leipzig vollführt worden, auch in Dresden gehen ähnliche Gerüchte um. Jetzt ist gewiß jeder Kollege klar, für wen der neue Tarif „Vorteile“ bringt. Wie sieht es nach diesem Vorgange mit der Beruhigung aus, daß die Gehilfen, wenn die Prinzipale die Tarifgemeinschaft mißbrauchen, jederzeit von dem Tarife zurücktreten könnten? Wie sieht es mit der dreijährigen Dauer aus? Wahrscheinlich, die Aera der neuen Tarifgemeinschaft sängt lustig an und ihren Freunden innerhalb der organisierten Gehilfenchaft, denen, ob der soeben errungenen „Wahl-siege“ der Mut so stark gewachsen, dürfte vor der Zukunft, vor der liebestrunkenen Ummarmung durch die Prinzipalschaft grauen! Ob die mitten im alten Arbeitsvertrag abgegebenen Unterschriften — vielfach wurden sie wohl verweigert — einen Wert haben, das sei dahingestellt, jedenfalls erzielten die Prinzipale einen schönen Gewinn durch den neuen Tarif, denn sie schlagen 10 Proz. auf die Druckpreise, die Bugstände an die Gehilfen werden sie durch entsprechende Geschäftseinrichtungen jedoch schon wieder unsichtbar für sich gestalten. Nun, die entscheidende Gehilfenchaft wird noch einen tüchtigen Ruck machen, um bei den Stichwahlen noch eine Anzahl Kollegen durchzubringen, die das große Ganze vor den „Segnungen des Tarifs“ bewahren wollen.

Gestorben.

In Gaisburg bei Stuttgart am 26. Juni der Sezer Theodor Spöttle, 20 Jahre alt — Lungentuberkulose. In Leipzig am 24. Juni der Sezer Max Karl Albert Hünpe, 31 Jahre alt; am 25. Juni der Maschinenmeister Friedrich Hermann Weber aus Großsch. 31 Jahre alt — Kehlkopf- und Lungentuberkulose. Derselbe konfessionierte in Berlin, Bayreuth, München, Hamburg, Jena, Leipzig.

Briefkasten.

Z. in Plauen: Inseratenteil bleibt Inseratenteil. — Herrn Willmann in Bauen: Inserat abgelehnt, schon weil Aufforderung unzulässig. — W. in W.: Beitrag genügt für zweimalige Inserition. — D. in Bremen: Dem Kollegen Härtel überweisen (s. Inf.). — R. u. Sch. in Apolda u. Erfurt: Für die heutige Nummer wohl zwecklos.

Verbandsnachrichten.

Gau Dresden. Delegiertenwahl. Abgegeben 903 Stimmen, ungültig 10, absolute Mehrheit 447. Es erhielten Steinbrück 511, Wendische 496, Golbs 397, Sindermann 344, Willmann 324, Jambold 214, Schulz 163, Reichenbach 122, Schaffrath 79, Stenders 22 Stimmen, zerplittert 7. Somit gewählt Steinbrück und Wendische. Stichwahl zwischen Golbs und Sindermann.

Erzgebirge-Vogtland. Nach statthalber: Wahl besteht der Gauvorstand aus folgenden Herren: C. W. Stoy, erster Vorsitzender; G. Blankenburg, Stellvertreter; Vinus Kraft, Kassierer; G. Peter, Stellvertreter; Karl Heise, Schriftführer; R. Raumann und Job. Fischer, Revisoren.

Mecklenburg-Lübed. Delegiertenwahl. Abgegeben 204 Stimmen, davon erhielten: Körner-Lübed 145, Stellvertreter Schumacher-Wismar 145 (für Tarifgemeinschaft); Renck-Rostock 59, Stellvertreter Jahrmarkt-Lübed 59 (gegen Tarifgemeinschaft); erstere beiden sind somit gewählt.

— Gauvorsitzenderwahl: Abgegeben 200 Stimmen. Es erhielten als Gauvorsieher F. Böder 187, Gaukassierer R. Golz 190, Gau-Schriftführer E. Harth 186, als Beisitzer F. Golz 186, H. Winkler 189 Stimmen.

Nordwestgau. Als Delegierte erhielten Stimmen: Rosenlehner 196, Diernann 151, Grefen 38, Rißius 4; mithin Rosenlehner mit 3 Stimmen Mehrheit gewählt. Als Stellvertreter: Hofmann 218, Rhein 127 Stimmen.

Saalgau. Abgegeben 726 Stimmgelte, davon 15 ungültig, verblieben 711; absolute Mehrheit 356 Stimmen. Es erhielten: Franz Behge-Wagdeburg 509, Karl Kleßgammann-Halle a. S. 487, Albert Müller-Dessau 397, Wilhelm Schulze-Halberstadt 364, Wilhelm Köhler-Zell 234, R. Berg-Halberstadt 95; zerplittert 47 Stimmen. Die erstieren drei Kollegen sind gewählt.

Schlesien. Bei der am 27. Juni stattgefundenen Stimmenzählung zur Neuwahl des Gauvorstandes wurden 347 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten als Vorsitzender: Schlag 341, Gekner 4; als Kassierer: Nordorff 344, Steinbach 2; als Schriftführer: Keil 186,

Gesichtspunkt aus betrachtet, wird jeder einsichtsvolle Kollege auch dem Kandidaten seine Stimme geben können, der nicht seine Meinung vertritt. Die Gerechtigkeit erfordert es sogar, Kollegen Schließens, daß ihr auch einen Gegner der Tarifgemeinschaft zum Worte kommen laßt; gebt deshalb bei der Stichwahl eure Stimmen geschlossen für Kollegen **Gejner-Dreslau** ab.

Steinbach.

z. Bunzlau, 29. Juni. Das diesjährige Johannistfest feiern die Mitgliedschaften des Bezirks Neugitz gemeinsam Sonntag den 5. Juli im Saale des Odeon zu Bunzlau. Das hierzu von der Mitgliedschaft Bunzlau aufgestellte Programm ist ein recht gelegenes und reichhaltiges und zeugt davon, daß der hiesige Ortsverein weder Kosten noch Mühe gespart hat, um den Namenstag unsern Altmeyers in würdiger Weise zu begehen. Wir versehen daher nicht, auch an dieser Stelle an die Kollegen der zum Bezirke gehörenden Mitgliedschaften die Bitte zu richten, daß sie sich zahlreich an dem Feste beteiligen.

Dresden. In der am 26. Juni abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung betreffend Stellungnahme zur Einführung des neuen Tarifs wurden nach sehr lebhafter, teilweise heftiger Debatte folgende Resolutionen angenommen: 1. Die Vertrauensmännerversammlung der Druckereien Dresdens anerkennt die Einführung des 1896er Tarifs seitens der Prinzipale, bittet aber die Mitglieder, von einer zu gebenden Unterschrift iberireits (ob bedingungslos oder nicht) auf alle Fälle abzusehen, da in den zu fordernden Unterschriften unbedingt Hintergedanken der Prinzipale zu suchen sind. **Protokoll.** 2. Die Versammlung erkennt an, daß die Kommission in Wahrnehmung der Interessen der Kollegen gehandelt hat. Uhlig. Eine Resolution (Meyer), Ablehnung aller Punkte des neuen Tarifs, fiel damit. Von einem Vorgehen der Kollegen in den einzelnen Druckereien wurde abgesehen, da auf die Aufforderung der Kommission betreffend die Einführung des neuen Tarifs von dem Zuningsvorsitzenden Herrn Siegel die Antwort einging, daß die Innung am 30. d. M. zu diesem Zweck eine Versammlung abhalten und das Resultat derselben den Gehilfen sofort bekannt geben werde. Die Auszahlung der Stimmzettel erfolgte öffentlich unter Anteilnahme einer großen Zahl von Kollegen. (Resultat: unter Verbandsnachrichten.) Es ist nur bebauerlich, daß kein Provinzdelegierter mit in Frage kommt, da die Provinz auch in früheren Generalversammlungen vertreten gewesen ist.

H. M. Felz.

Dresden. Zur Stichwahl Golbs—Sindermann empfehle allen gleichgesinnten Kollegen im Gau, letztern zu wählen. Dieser steht auf demselben Standpunkte wie Unterzeichneter. Kollege Sindermann wird außer der strikten Vertretung der prinzipiellen Punkte (gegen die Tarifgemeinschaft), auch noch dafür eintreten, daß die Kosten der Generalversammlung verringert werden und nicht mehr wie 8 M. pro Tag betragen. Es wird beabsichtigt, zur Wahl anderer Kandidaten als der in der Stichwahl stehenden aufzufordern. Es sei dazu bemerkt, daß alle anders als die auf die Namen der Stichwahlkandidaten lautenden Zettel für unzulässig erklärt werden müßten. Noch bei keinem Wahlakte war es zulässig, in der Stichwahl dritte Kandidaten zu wählen.

M. Golbs.

Halberstadt. In Nr. 73 des Corr. ist ein kleiner, mit Karl Berg unterschriebener Artikel enthalten, in welchem dem Vorsitzenden des hiesigen Bezirks wegen Auffstellung seiner Person zum Kandidaten für die Generalversammlung ein Vorwurf gemacht wird. Der Einsender irrt sich, wenn er glaubt, daß sich der Bezirksvorsitzende selbst aufgestellt hat. Ich (als Mitglied des Bezirksvorstandes) habe, weil ich seinen Standpunkt, der auch einer im hiesigen Ortsvereine gefaßten Resolution entspricht, kenne, ihn selbst vorgeschlagen und ein andres Vorstandsmittglied ist meinem Vorschlage beigetreten, mithin war der Vorsitzende von drei Mitgliedern des Bezirksvorstandes aufgestellt; das vierte Mitglied wurde nicht angetroffen, hätte aber, selbst wenn es gegenständlicher Ansicht gewesen wäre, keinen andern Beschluß herbeiführen können. Uebrigens sind über die Kandidatur des Bezirksvorstehers aus fast allen Orten des Bezirks zustimmende Aeußerungen eingegangen. **Notter, Bezirksklass.**

Gellbrunn. In der am 21. Juni abgehaltenen allgemeinen Buchdruckerversammlung referierte unser Herr Gauvorsitzer Schröder aus Stuttgart über die Tarifverhandlungen und die Haltung des Corr.-Redakteurs zu dieser Sache. In klarer, sachlicher Weise schilderte der Referent die bekannten Vorgänge. Nach längerer Diskussion fand folgende Resolution Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den in Berlin beschlossenen Abmachungen nicht einverstanden, weil zu weit gehend und die Interessen der Gehilfen mehr schädigend als fördernd; dieselbe spricht ferner ihren Tadel aus über die in letzter Zeit seitens des Corr.-Redakteurs geführte gewöhnliche, das Ansehen des Verbandes schädigende Kampfmethode und erwartet in der Folge nur sachliche Behandlung der strittigen Fragen.“ Eine gegenteilige Resolution wurde abgelehnt. — Das Johannistfest feierte die hiesige Mitgliedschaft Samstag den 20. Juni auf dem Trappensee durch Konzert, Vorträge und Tanz. Trotz des regnerischen Wetters hatte sich eine große Anzahl von Festteilnehmern eingefunden, darunter auch viele Nichtmitglieder. Erst in früher Morgenstunde verließ die Gesellschaft in antworter Stimmung das so schön verlaufene Fest.

Kassel. 28. Juni. Auf den in Nr. 73 unter Rundschau enthaltenen Angriff auf meine Person stelle folgendes klar. Der Einsender der Notiz: „In Kassel drohte der

Vorsitzende, es koste ihn ja nur einen Brief, um die Oppositionellen aus der Arbeit zu bringen“ (den Namen, da benennungstüchtig wirkend, gestrichen, Red.) gab schließlich zu, daß ihm dies von einem Kollegen mitgeteilt worden sei. Auf weiteres Drängen namens derselbe einen Kollegen, den er mir in der nächsten Monatsversammlung als Zeugen gegenüberstellen wollte. Dieser Kollege (B.) erklärte mir jedoch bei Anwesenheit von noch einem Zeugen, daß diese Worte nicht in dem Umfange gefallen und weder vom Vorsitzenden noch von einem andern Vorstandsmitglied gebraucht seien. Nach dessen Ausführungen blieb ich diese Worte vielmehr auf das am 2. Mai d. J. hier in Kassel festlich begangene Jubiläum von drei Mitgliedern, bei welchem einige jetzige Anhänger des Herrn Gajch einen großartigen Skandal herbeiführten. Die ganze Sache hat mit der Bewegung nichts zu thun. Auf die Schlussbemerkung: „Nur Teufel über solche Fröchte Böbischer Erziehung“ (noble Kampfmethode) erlaube mir die sehr bescheidene Anfrage: „Welcher Erziehung sind diese Fröchte zuzuschreiben?“ Fr. Reider, Vorsitzender des Bezirksvereins Kassel.

Leipzig. Am 22. Juni tagte in beiden Sälen der Flora eine von rund 550 Kollegen besuchte öffentliche Buchdrucker- und Schriftgießergewerkschaften Generalversammlung, welche sich mit der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes und Aufstellung von Kandidaten zur Delegiertenwahl hierzu beschäftigte. Nach Wahl des Büreaus ergriß Kollege Nibel das Wort. Er führte aus, daß sich die Generalversammlung in der Hauptsache mit der Tariffrage zu beschäftigen habe. Unter heissen Umständen dürfe man in den alten Fehler der Tarifgemeinschaft verfallen, Tarifvereinbarungen müßten jedoch stattfinden, was ja auch nach einem gewonnenen Kampfe geschehen müsse. Mit den gegenwärtigen Tarifverhandlungen habe man nur stabilere Verhältnisse und der Gehilfenschaft wieder etwas sichern Boden unter die Füße schaffen wollen. Redner meinte, die Generalversammlung habe festzuhalten, daß von Zeit zu Zeit Tarifvereinbarungen stattzufinden haben, ohne jedoch die Gehilfenschaft in irgend welcher Weise zu binden. Der Verband habe als Wachsfaktor stets dahinter zu stehen und in günstigen Augenblicken eventuell auch den Kampf aufzunehmen. Ein Brennpunkt sei die Erledigung des spannenden Verhältnisses zwischen dem Zentralvorstand und dem Redakteur des Corr. Die jetzigen Zustände müßten beseitigt werden, denn sie brähten nur die Vergiftung der Kollegialität mit sich. Der Zentralvorstand sowohl als auch die Redaktion des Corr. hätten die gegenwärtige Fehde einzustellen und die Entscheidung der Generalversammlung zu überlassen. Schließlich forderte er noch zu reger Teilnahme an der Diskussion auf. Kollege Singer hielt die Versammlung, da sie als öffentliche einberufen und eventuell auch Nichtverbandsmitglieder anwesend sein könnten, nicht für kompetent, die Aufstellung von Kandidaten zur Generalversammlung vorzunehmen. Kollege Nibel erwiderte hierauf, daß die Versammlung zuständig sei, vorstehende Tagesordnung zu behandeln, und daß die Versammlung nur deshalb öffentlich einberufen worden, um nicht den beherrschenden Maßnahmen zu verfallen, wie bereits andere Gewerkschaften die Erfahrung hätten machen müssen. Er wies aus der vorjährigen Reform nach, daß bereits früher derartige Versammlungen öffentlich einberufen worden sind und daß damals niemand daran Anstoß genommen habe. Außerdem erhielten auch nur die Verbandsmitglieder Stimmzettel zur Urabstimmung. Kollege Eichler erklärte, daß die gegenwärtige Leitung offen und ehrlich sei und das Licht nicht zu scheuen habe, wie dies in den Flugblättern der letzten Tage zum Ausdruck gekommen. Bei Beginn der Bewegung habe Gajch selbst geäußert, wenn es zum Streit käme, müsse Leipzig unbedingt verschont bleiben und in dem Flugblatte des Corr. vom 18. April habe er (Gajch) alle Errungenheiten gutgeheißen. Gajch sei auch zur weitem Vorarbeit für die Tariforganisation in die Scherferkommission gewählt worden und sei eine schlechte Ausrede, wenn er sage, daß ihm dort alles unter der Feder diktiert worden wäre. Wenn er den Gehilfenvertretern vorwerfe, daß sie sich von den Prinzipalen hätten abspitzen lassen, so solle man den Kollegen Gajch nur fragen, wie es ihm geschmeht habe. Eichler verlas verschiedene Stellen des Corr., wonach sich derselbe (Gajch) für eine längere Dauer des Tarifs ausgesprochen und den Prinzipalen das Recht zugestimmt habe, die Maschinen möglichst auszunutzen. Weitere Stellen dieses Corr. bezeugen, daß es unzulässig wäre, wenn die $\frac{1}{6}$ (Seher) wegen dem $\frac{1}{6}$ (Drucker) nicht erhalten sollten, die Gehilfen könnten mit der Auslegung des Tarifs zufrieden sein. Rechtmäßig wird darin nachgewiesen, daß 1000 Gehilfen dadurch Konditionen erhalten, es wäre somit ein Schritt nach vorwärts gemacht. Gelegentlich eines Referates in Frankfurt habe Gajch sich beleidigt über Eichler ausgesprochen. Auf eine Anfrage dabeiselt, weshalb er sein Mandat nicht niederlege, habe er erklärt, er thue es deshalb nicht, damit nicht ein „Schuster“ an seine Stelle käme, womit er Eichler gemeint habe. Eichler erklärte, daß die hiesigen letzten Personen entscheidende Gegner der Tarifgemeinschaft sind und daß die Delegierten zur Generalversammlung unter allen Umständen gegen eine solche zu stimmen hätten. Wenn die Gehilfen getrieben werden sollten, so wäre er der Erste, der mit den Kollegen dagegen Front mache. Kollege Kressmar meinte, daß man den Berufsachern des Slandals danken müsse, allerdings seien die Beleidigungen in den Flugblättern gegen den Vorstand unbedeutend. Er befrüht, daß Gajch hätte Leipzig

vom Streit ausschließen wollen. Mit den Druckerbestimmungen wäre er einverstanden gewesen, wenn die Prinzipale am 1. Mai den Tarif eingeführt hätten. Kressmar behauptete, daß Nibel erst seit ein paar Stunden Gegner der Tarifgemeinschaft sei. Kollege Hübner meinte, bei objektiver Betrachtung seien auf allen Seiten Fehler gemacht worden. Die Gewerkschaftsleitung würde jetzt richtig berechtigt. Tarifvereinbarungen seien notwendig, indem wir nicht diktieren könnten, man hätte die Verhandlungen ruhig gehen lassen sollen, um im richtigen Augenblicke dagegen aufzutreten. Auch er erklärte sich entschieden gegen eine Tarifgemeinschaft. Kollege Kunze bemerkte, daß beide Parteien gesundigt hätten, die Gehilfenvertreter gegen die gebene Marschroute, die Gegenpartei durch ihre unaufrichtige Kampfmethode. Er verlangte, daß Personen zur Generalversammlung geschickt werden, welche entschieden gegen die Tarifgemeinschaft sind. Kollege Rauch erklärte, daß der Flugblätterkampf nicht sachlich geführt und der Zwiespalt künstlich erzeugt worden sei, indem sich doch alles gegen die Tarifgemeinschaft ausspreche. Nibel habe sich seiner Zeit nur deshalb für die Tarifgemeinschaft geäußert, um sie, wie er selbst gesagt, nicht zu halten. Die moderne Arbeiterbewegung sei dahin zu verstehen, Streiks zu verhindern, nur durch die Macht der Organisation solle etwas erzielt werden. Er beurteilte ganz entschieden die jetzige Kampfmethode und wünschte, daß dieselbe unterbleiben möge. Auch er behauptete, daß Gajch erklärt habe, Leipzig müsse von einem eventuellen Kampfe verschont bleiben. Nachdem noch Kollege Ditzig sich gegen die Tarifgemeinschaft und die Gehilfenvertreter gewendet, wurde Schluss der Debatte beantragt und angenommen. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung stellte Kollege Kressmar den Antrag, sechs Vertreter und drei Stellvertreter aufzustellen, was einstimmig angenommen wurde. Kollege Reuhof führte hierauf aus, daß man bei der Aufstellung von Kandidaten Kollegen wählen solle, welche es ehrlich mit der Organisation meinen; er brachte eine Reihe von Kollegen in Vorschlag. Als Kandidaten wurden namentlich gewählt: Eichler, Rauch, Nibel, Schauer, Adermann, Hübner, May, Franke und Fuchs; die letzteren drei als Stellvertreter. Eine Anfrage seitens Kollegen Trimmer, ob Kollege May den Zwischenträger zwischen der Redaktion der Volkszeitung und dem Vorstande gemacht habe, wies May entschieden zurück. Auch Kollege Pollender befrüht, daß dies nicht an dem sei und erklärte auf eine Anfrage, daß die Redaktion der Volkszeitung sich nicht mit der Buchdruckerfrage beschäftigt habe, sondern fast alles, was in der Volkszeitung über die Buchdrucker gebracht worden, aus Buchdruckerkreisen eingekauft sei. Der vom Kollegen Schulz zur Generalversammlung gestellte Antrag: „Die Einzelmitglieder des Verbandes in Leipzig nehmen ihren Antrag betreffend Schaffung eines Ausschusses wieder auf und stellen denselben der Generalversammlung zur Annahme anheim“ wurde einstimmig angenommen, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Leipzig. Die am 26. Juni abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergewerkschaften beschäftigte sich: 1. mit der Wahl eines ersten Vorsitzenden; 2. einem Antrage Kressins, den Gesamtvorstand zu ersuchen, seine Aemter niederzulegen; 3. Festsetzung der Remuneration für die ausübenden Vorstandsmitglieder und 4. Abänderung der Normatbestimmungen. Nachdem ein Geschäftsordnungsantrag, den vierten Punkt der Tagesordnung vor dem zweiten zu behandeln, abgelehnt und zu dem ersten Punkte eine Kommission zur Auszahlung der Stimmzettel für die Vorsitzendenwahl bestimmt war, wurde letzter verlegt. Zu dem Antrage Kressins schlug dieser Kollege vor, ohne vorherige Debatte über denselben abstimmen zu wollen; dem wurde entsprochen und der Antrag Kressins mit zweidrittel Mehrheit abgelehnt. (Brausen des Bravo!) — Dem aus dem Vorstande schiedenden Kollegen Nibel wurden 45 M. als Remuneration bewilligt. — Ueber die beabsichtigte Erhöhung der Unterstützung für Arbeitslose entspann sich eine längere Debatte. Während der Vorstand jedem Arbeitslosen nach 52 wöchentlichen Karenzzeit eine Unterstützung von 75 Pf. pro Tag (anstatt bisher 50 Pf.) zuzulassen lassen wollte, befrüwortete ein noch von der Versammlung vom 27. März d. J. vorliegender Antrag Gajch eine nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Arbeitslosendauer stufweise steigende Unterstützung, außerdem noch für abreisende Mitglieder eine Extrazustellung in der Höhe bis zu 15 M. Letzter Antrag überstieg nach einer vorläufig festgestellt auf den Ausgaben des Jahres 1895 beruhenden Berechnung in seinen materiellen Resultaten den Vorstandsantrag und die zu diesem Zwecke verfügbaren Gelder um mehr denn 2000 M. und würde eine Steuererhöhung von 5 Pf. wöchentlich bedingen. Die Kollegen Dehne, Meißel, Schöps sprachen sich gleich dem Antragsteller Gajch für dessen Antrag aus, davon erwartend, daß der künftig durch die Prinzipale bevollmächtigte Arbeitsmarkt namentlich durch das Abreißgeld etwas entlastet würde. Die Kollegen Rauch, Mitschke und Nibel verteidigten den Vorstandsantrag, wonach allen Kollegen eine gleichmäßige Vergütung zu teil und auch dem Grundzuge von den gleichen Pflichten und gleichen Rechten besser entsprochen würde. Der Antrag Gajch wurde nun abgelehnt, der des Vorstandes angenommen. Einstimmig beschlossen wurde weiter, nach einer Befürwortung durch die Kollegen Singer und Tanneberger, daß Mitglieder, die noch in anderweitigen Buchdruckerlassen versichert sind,

der statutarisch festgesetzten Unterstützung des B. L. B. O. verlustig gehen.“ — Das Wahrscheinliche, welches für Kollegen Eichler 643 und für Kollegen Tanneberger 487 Stimmen und somit die Wahl des ersteren ergab, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Nach einigen Schlussworten der Kollegen Eichler und Riedel wurde die von ungefähr 1200 Mitgliedern besuchte Versammlung 1/10 Uhr geschlossen.

Viegnitz. Am 24. Juni fand hier die zweite außerordentliche Versammlung statt, welche sehr gut besucht war (auch von den Mitgliebschaften Bunzlau und Haynau waren 2 resp. 1 Kollege erschienen), was hauptsächlich auf das Erscheinen unseers Gauvorsitzers Herrn Schlag zurückzuführen sein dürfte. Nach Wahl des Bureaus nahm Kollege Schlag das Wort über die Stellungnahme zur Tariftgemeinschaft und gab ein klares Bild der Entstehung und Weiterführung der Tariffache, sich hierbei speziell gegen Kollegen Gajch wendend. Redner schloß seine dreiviertelstündige Rede unter reichem Beifalle der Versammlung. Vom Kollegen Klaus wurde betont, daß die Errungenschaften gerade für die Provinz Kollegen von großer Bedeutung, da hier noch viele Orte seien, z. B. Bunzlau, die unter dem bisherigen Minimum standen und noch seien. Nachdem noch einige Redner für und gegen die Tariftgemeinschaft gesprochen, nahm die Versammlung mit 22 Stimmen von 31 folgender Resolution an: „Die Versammlung ist der Ansicht, daß unter den abzuwägenden Verhältnissen, besonders in der Provinz, die in die Wege geleitete Tariftgemeinschaft der einzige Weg zum Wohl unserer Organisation ist. Versammlung erklärt ausdrücklich, daß der in Nr. 68 des Corr. erschienene Artikel e-vollständig der Wahrheit widerspricht, außerdem verurteilt die Versammlung die Agitation des Kollegen Gajch in der letzten Zeit, welche nur zum Schaden des Verbandes, vielleicht sogar zur völligen Vernichtung der Organisation führen wird.“ Die beiden anwesenden Bunzlauer Kollegen stimmten persönlich der Resolution zu, Kollege Siant-Haynau that dies ebenfalls in Auftrag der Mitgliebschaft Haynau. Sodann wurden von vier gestellten Anträgen zur Generalversammlung zwei angenommen. Kollege Schubert-Bunzlau bat nochmals um zahlreiche Teilnahme am Bezirks-Johannistage, damit es auch den Namen eines solchen verdiene. — Es wurde nun zur Vorstandswahl geschritten, welche dadurch nötig geworden, daß der bisherige Vorstand sein Amt wegen persönlicher Differenzen niederlegte. Gewählt wurden E. Pohl als Vorsitzender, Klaus als Schriftführer, Oswald Meyer und Weisner als Beisitzer. Auf Vorschlag einiger Kollegen wurde auch eine fünfgliedrige Tariftkommission gewählt, welche mit den hiesigen Prinzipalen schriftlich event. auch mündlich in Verhandlungen treten wird. Solidarisch bei etwaigen Konsequenzen erklärten sich bis auf zwei alle der Anwesenden. Nach Erledigung der Tagesordnung schloß der Vorsitzende mit Dantesworten für Kollegen Schlag die interessante Versammlung um 1/3 Uhr früh! Wie?

Marktneutirchen. In der Druckerei von Joh. Schmidt hiersehr, welche schon vor zwei Jahren wegen Einführung tariflicher Zustände das Personal wechselte, ist abermals ein Konflikt ausgebrochen. Unwürdige Behandlung und eifrigste Arbeitszeit bewogen die Kollegen, um Abstellung dieser Mißstände vorstellig zu werden; eine Einigung kam infolgedessen zu stand, als die Arbeitszeit vorläufig auf 10 1/2 Stunden festgesetzt wurde. Kurz darauf erfolgte aber die Kündigung zweier Kollegen, angeblich wegen ungenügender Leistung, was aber seitens der sämtlichen Mitglieder bestritten wird, vielmehr haben sie erfahren, daß ihr Verbleiben im Geschäft nicht mehr von langer Dauer sein werde. Infolgedessen verlangten sie die Zurücknahme dieser Kündigung und es legten, als dies verweigert wurde, sechs Mitglieder und drei Nichtmitglieder die Arbeit nieder, ein Geher und ein Drucker blieben stehen. Die Vermittlung eines Vorstandsmitgliedes war erfolglos, Herr Schmidt erklärte, „von einer Wiedereinstellung der Ausständigen könne keine Rede sein, er nehme überhaupt keine Verbandsmitglieder mehr, übrigens hätte er Ersatz.“ Die Firma sucht Gehilfen bei zeitweiliger Arbeitszeit, aber ausschließlich Frühstücks- und Besperpause, worauf hiermit aufmerksam gemacht ist.

Mecklenburg-Lübeck. (Schluß des Gantagsberichts.) Es wurde hierauf über die Stellungnahme zum Graphischen Kartell und den Antrag Warburg verhandelt, der zweite Punkt der Generalversammlungs-Tagesordnung jedoch bis nach der Mittagspause zurückgestellt. Zu erstem Punkte wurde beschlossen, dem Delegierten anheimzugeben, im Sinne des Zustandekommens des Kartells zu wirken, besonders mit dem Hinweise darauf, daß die Prinzipale sich in ähnlicher Weise ja auch mit den Buchhändlern verbündet hätten. Der Antrag Warburg: § 18 Abs. 3 des Statuts zu streichen und zu setzen: In wichtigen Fragen hat der Verbandsvorstand eine Urabstimmung zu veranlassen, ruft eine kurze Debatte hervor. Für denselben sprachen: Mensch-Nostod, Sengebusch-Schwerin und Jahrmart-Lübeck, letzter besonders betonend, daß die Urabstimmung überhaupt mehr in den Vordergrund gedrängt werden müsse. Körner-Lübeck möchte dagegen die Gauvorstände nicht so ohne weiteres übergeben wissen, da diese doch mit den Ortsvorständen und Mitgliebschaften in ständiger Verbindung seien. Lehmann-Lübeck bringt folgenden Antrag ein: In § 18 Abs. 3 zu setzen: „zuguziehen, über deren Beschlüsse eine Urabstimmung herbeizuführen ist“; derselbe wird angenommen. — Hierauf Mittagspause. — Die Verhandlungen werden bei Punkt 2, Beschlusfassung über die Haltung der Redaktion des Corr. in der Tariffrage wieder aufgenommen. Der Vorsitzende bemerkt, daß dies der entscheidendste Punkt unserer heutigen Beratungen sei und erjucht die Redner, sich wie bisher, möglicher Sachlichkeit zu befleißigen. Derselbe betont, daß die jetzige Lage eine vollkommen unhaltbare sei, die Taktik der Corr.-Redaktion sei entschieden zu verwerfen. — Mensch-Nostod geht zunächst auf frühere Verhältnisse in der Redaktion ein, dabei betonend, daß man dem heutigen zeitgeiste Rechnung tragen müsse. Seit Fügung der Redaktionsgeschäfte durch Herrn Gajch habe der Corr. in jeder Hinsicht gewonnen, der Uebersehig sei von 3475,90 Mt auf 6002,34 Mt., die Abonentenzahl von 2800 auf 12000 gestiegen, woraus doch deutlich hervorgehe, daß die Mitgliebschaft mit der jetzigen Haltung des Corr. zufrieden seien. (Vorher war bei einem Abonnementspreise von 1,25 Mt. gewöhnlich Defizit vorhanden, 3475 Mt. waren Uebersehig der jetzigen Redaktion.) Für den Redakteur eines derartigen Blattes sei es nicht möglich, allen Wünschen und Interessen gerecht zu werden. Seit der Anstellung des Herrn Gajch habe in gewissen Kreisen eine Vorurteilshaltung gegen denselben geherrscht. Döblin habe stets auf dem Standpunkte der Hirsch-Dundersehen gestanden. Nach seinem (Redners) Dafürhalten könne es niemals ein Einvernehmen zwischen Kapital und Arbeit geben. Den Gauvorständen bestritt Redner das Recht, über Gajch zu Gericht zu sitzen, da sie dazu kein Mandat gehabt hätten. Redner bittet, den Delegierten zur Generalversammlung dahin zu beauftragen, dem Zentralvorstand ein Mißtrauensvotum für sein Verhalten in Sachen Gajch auszudrücken, dessen Schreibweise nur anzuerkennen sei, und vor allen Dingen ihm das Recht einer derartigen Zeilur über unsern Organ abzusprechen. Die Zeiten seien eben andere als vor zwanzig Jahren, eine Harmonie-duselei nicht mehr am Platze. Körner-Lübeck: Herr Gajch habe entschieden gegen seine Instruktionen gehandelt (Protokoll der Stuttgarter Generalversammlung; In taktischen Fragen hat der Corr.-Redakteur sich mit dem Zentralvorstand ins Einvernehmen zu setzen). Zu einem derartigen Vorgehen habe er keinerlei Berechtigung gehabt, unweniger, als er die einleitenden Verhandlungen in Leipzig mitgemacht habe. Auch müsse er den Zentralvorstand entschieden gegen den Vorwurf, hirsch-dunderseich gesinnt zu sein, in Schutz nehmen. Hätte derselbe die Mitglieder nicht dazu aufgemuntert, so würde vielleicht bis heute noch niemand an ein Vorgehen gedacht haben. Steudel-Lübeck spricht in demselben Sinn und bemerkt noch, daß, wenn Leipzig am 1. Mai beiligt hätte, alles gut gewesen wäre; von da ab battiere der ganze Zwiepsalt, und es sei sehr unrecht, um dieses einen Ortes willen die Gehilfschaft zu zerplündern; ferner protestiert er ganz entschieden gegen die Behandlung der Gauvorstände durch Gajch. Lehmann-Lübeck: Mit der Schreibweise des Herrn Gajch sei er früher stets einverstanden gewesen, aber in der jüngsten Zeit habe derselbe eine nicht mehr zu billigende Kampfesweise eingeschlagen, vor allem hätte Gajch die Persönlichkeiten aus dem Organe fernhalten müssen; er erachtet denselben nicht mehr für fähig, an der Spitze des Corr. zu stehen, und hofft, daß die Generalversammlung dementsprechend beschließen werde. Jahrmart-Lübeck will Herrn Gajch nicht verurteilen, derselbe habe dadurch, daß er auch früher einen sehr weiten Spielraum für seine Schreibweise gehabt, sich zu seinem Vorgehen berechtigt gefühlt; beiden (Zentralvorstand und Gajch) sei ein Mißtrauensvotum auszudrücken. Sengebusch-Schwerin behauptet gegen Mensch, daß das Aufblühen des Corr. nicht der Schreibweise Gajchs, sondern hauptsächlich dem Obligatorium zuzuschreiben sei, wogegen Mensch-Nostod ausführt, daß eben der reichhaltige Inhalt des Corr. das Obligatorium mit verursacht habe. Gegen Gajch polemisiert noch R. Wolz-Schwerin, welcher besonders die Benutzung von Privatbriefen und Aufzeichnungen am Bierisch usw. seitens Gajch scharf verurteilt. (Ein Redakteur empfängt keine Privatbriefe und ist nicht zum bemänteln da, Red.) Derselbe möchte dem Delegierten betreffs des Zentralvorstandes freie Hand gelassen wissen, denselben aber beauftragt wissen, entschieden für die Amtssetzung Gajchs einzutreten, da ein Mann von solchen Grundzügen nicht würdig sei, ferner eine derartige Vertrauensstellung zu bekleiden. Folgende drei Resolutionen geben dem Gesagten Ausdruck: 1. Körner-Lübeck: Die Versammlung mißbilligt das jetzige Verhalten des Redakteurs A. Gajch und beauftragt den Vertreter zur Generalversammlung, in diesem Sinne wirken zu wollen. (Mit zehn gegen fünf Stimmen angenommen.) 2. Mensch-Nostod: Dem Delegierten kein bestimmtes Mandat in Sachen Hauptvorstand contra Gajch zu erteilen, sondern demselben aufzugeben, sich sein Urteil nach Anhörung der tatsächlichen Verhältnisse selbst zu bilden und danach zu handeln. 3. Jahrmart-Lübeck: Die heutige Hauptversammlung des Gaus Mecklenburg-Lübeck erblickt in dem Streite zwischen Zentralvorstand und Redakteur Gajch ein Hemmnis für die gedeihliche Weiterentwicklung des Verbandes und gibt beiden anheim, von ihren Leitern zurückzutreten. (Letztere beiden Resolutionen wurden mit fünf gegen zehn Stimmen abgelehnt.) Zu Delegierten zur Generalversammlung werden sodann vorgeschlagen: Körner-Lübeck, Schuhmacher-Wismar (für Tariftgemeinschaft), Mensch-Nostod, Jahrmart-Lübeck (dagegen). Die übrigen Punkte der Tagesordnung betr. Bauisquantum, Festsetzung der Beiträge,

Remuneration usw. finden rasche Erledigung. Zu Punkt 9, Feststellung der Diäten, liegt ein Antrag Bismar vor: „Die Delegierten am Ort erhalten keine Diäten.“ Derselbe wird nach kurzer Debatte abgelehnt. Als Vorort des Gaus wird Schwerin beibehalten. Zu Gauvorstandsmitgliedern wurden die bisherigen Personen wieder vorgeschlagen. Zur Abhaltung des nächsten Gantags wird Schwerin bestimmt. Zum letzten Punkte teilte der Vorsitzende mit, daß im nächsten Jahre die Feier des fünfundsanzigjährigen Gaujubelums stattfinden und werden auf Vorschlag des Herrn Mensch-Nostod die beiden Freitagstage dazu in Aussicht genommen. — In seinem Schlusswort gibt der Vorsitzende seiner Freude über die sachliche Diskussion, deren sich sämtliche Redner befleißigten, Ausdruck und schließt den Gantag mit einem dreimaligen kräftigen Hoch auf das Gedeihen des Verbandes. — Schließlich sei noch der Kollegenchaft Wismars für die überaus freundliche Aufnahme an dieser Stelle der Dank ausgesprochen.

Meiningen. Am 21. Juni feierte die hiesige Mitgliebschaft in Gemeinschaft mit einigen hier noch vorhandenen Nichtmitgliedern ihr erstes 30-jähriges Jubiläum durch einen Ausflug durch die romantische Gajch nach Gerst, woselbst der Frühstücker eingenommen wurde. Ein im benachbarten Dreißigacker veranstaltetes Festessen mit anschließender gemüthlicher Unterhaltung durch Gesangsvorträge usw. schloß die in allen Teilen würdig verlaufene Feier und hielt die Kollegen bis zum späten Abend in sibieler Stimmung beisammen.

München. 27. Juni. Zu meinem Erstaunen finde ich in der „Kandbantenliste gegen die Tariftgemeinschaft“ in Nr. 72 des Corr. die Notiz: „Stellungnahme des Kollegen Hanke-München unbekannt.“ Demgegenüber ist mitzutheilen, daß ich mich in der betreffenden hiesigen Versammlung in ganz entschloener unabweigender Weise gegen die jetzige Schreib- und Kampfesweise des Herrn Gajch, ebenso in Anbetracht der wirklich herrschenden Verhältnisse für eine Tariftgemeinschaft erklärte. — Dies zur Richtigebung. Julius Hanke.

Aus Nürnberg erhalten wir folgendes — Schreiben: „Herrn Gajch! In dem am 22. von mir eingeländeten und heute im Corr. enthaltenen Artikel von Nürnberg haben Sie wieder ein Meisterstück Ihrer Entstellungskunst geleistet. Nicht allein, daß Sie in dem Bericht über die Festlichkeit einen Satz weglassen, haben Sie auch den ganzen Schluß zu dem Artikel und zwar die Begründung zu dem Vorwurfe, welcher den beiden Mitgliebschaften Würzburg und Bayreuth gemacht wird, den anderen Mitgliedern einfach unterschlagen. Warum dies geschehen, diese Machinationen sind denn doch zu durchsichtig, um nicht von jedem begreifen zu werden. Eine solche Handlungsweise muß entschieden verurteilt werden und hätte ich diese einem anständigen Manne nie zugekraut. Ich richte jedoch die dringende Aufforderung an Sie, diese Stellen noch nachträglich zu veröffentlichen und habe ich mich bereits in dieser Angelegenheit beschwerdefähig an den Zentralvorstand gewandt. Sollten Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, so werde ich diese Handlungsweise auch auf der Generalversammlung zur Sprache bringen lassen. Außerdem behalte ich mir vor, über einen solchen — Menschen zu denken, wie ich will. W. Barbara.“ — Wir haben nicht das geringste Interesse, die gestrichenen Sätze unserer Lesern vorgehalten, wohl aber glauben wir, die Nürnberg Kollegen hätten ein Interesse daran, die Ausfälle einzelner gegen Gauvorstand und andere Mitgliebschaften nicht an die große Glocke zu hängen. Zur Beurteilung dieses „Meisterstückes“ unserer Entstellungskunst teilen wir die gestrichenen Sätze getreu nach dem Manuskript im nachfolgenden mit: 1. Das Jubiläum fand „in schön arrangerter Weise in den festlich dekorierten Zentralsälen, bestehend in Konzert, Festspiel und Tanz“ statt. 2. „Ein Geschenk von Seiten des Gaus, was die Mitgliebschaft erwartete, blieb aus.“ Die Jubilar dankten in herzlichen Worten.“ 3. Ein Tanz beschloß das „würdige Fest, an dem der Veteran bis gegen 2 Uhr sich beilegte.“ 4. „In Würzburg wird in einer Druckerei, wo 30 bis 40 Verbandsmitglieder stehen, sogar das Adreßbuch noch mit 28 Pf. berechnet. Daß in dieser Druckerei sämtliche Mitglieder auch der Prinzipalstasse angehören, sei nur nebenbei bemerkt, wenn sie es auch aus dem letzten Gantage weglugnen ließen. Es warde auch erwähnt, daß die Kollegen, die den Mut nicht finden, beim Prinzipal um ihre Forderungen einzufommen, sich wohl nach außen nur mit Resolutionen in die Brust werfen, um deren Ausführungen sich aber nie kümmern. Es sei dies ein trauriges Zeichen für unsere Organisation. Ein klares Bild lasse sich überhaupt über die gegenwärtige Stimmung der Gehilfen aus dem bis jetzt im Corr. enthaltenen noch nicht gewinnen. Es sei jedoch zu wünschen, daß die Gehilfen das Verlangte auch zu vertreten im stande seien.“ Man wird nun dem Kollegen H. in Nürnberg ganz mit Recht zurufen: Si tacuisses usw.

Wormsheim. 23. Juni. Gestern fand hier eine allgemeine Versammlung statt, zu welcher der Gehilfsenvertreter des IV. Kreises, Kollege R. Krite aus Stuttgart, eingeladen war, um über die festgelegenen Verhandlungen Bericht zu erstatten. Derselbe gab in 1/1 stündiger Rede ein klares Bild über die Verhandlungen und präzisirte seine Stellung zu den getroffenen Vereinbarungen. Aus der Mitte der Versammlung wurde anschließend an das Referat folgende Resolution gestellt: „Die Versammlung

Resolutionen wurden mit fünf gegen zehn Stimmen abgelehnt.) Zu Delegierten zur Generalversammlung werden sodann vorgeschlagen: Körner-Lübeck, Schuhmacher-Wismar (für Tariftgemeinschaft), Mensch-Nostod, Jahrmart-Lübeck (dagegen). Die übrigen Punkte der Tagesordnung betr. Bauisquantum, Festsetzung der Beiträge,